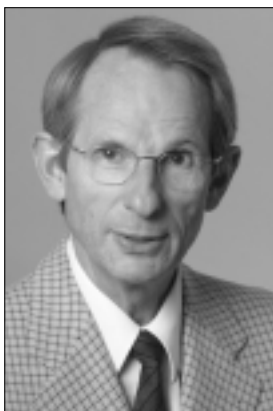


Das so genannte Beitragssatzsicherungsgesetz mit der Minusrunde für niedergelassene Ärzte und Kliniken ist nichts anderes als ein Offenbarungseid und kaum mehr als Gesundheitspolitik zu bezeichnen.“ Das sagte der Präsident der Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, bei der Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein am 23. November in Köln. Vor der Wahl habe die Bundesgesundheitsministerin die Tatsache steigender Beitragssätze zur Gesetzlichen Krankenversicherung noch gelehnet, so der Kammerpräsident. Doch dann habe sie sofort nach der Wahl mit dem so genannten Kostenstopp per Gesetz reagiert. „Das ist schon eine Form, die Vertrauen gefährdet“, sagte Hoppe. Die Nullrunde sei schmerzlich, weil sie Verunsicherung hervorrufe. In Wirklichkeit handele es sich um eine Minusrunde: „Denn die Kosten kümmern sich nicht um die Nullrunde, nur auf der Einnahmenseite besteht sie“, sagte der Präsident.

#### Millionen unbezahlter Überstunden

In der Klinik arbeiten Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte nach Hoppes Worten bereits jetzt bis zu 30 Stunden und mehr am Stück. Es werde erwartet, dass sie gegen das Arbeitszeit-Gesetz verstoßen, und es werde vorausgesetzt, dass sie Millionen unbezahlter Überstunden erbringen. Das Versprechen der rot-grünen Koalition, für mehr Beschäftigung zu sorgen und „unzumutbare Belastungen“ in Kliniken und Praxen abzubauen, erweise sich damit als „bittere Täuschung“: „Die Regierung tut auch in diesem Fall genau das Gegenteil von dem, was sie versprochen hat“, kritisierte Hoppe. Deshalb stehen nach den Worten des Kammerpräsidenten Zehntausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel.



Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Ärztekammer Nordrhein: Die Minusrunde kann für die Qualität der Versorgung nicht ohne Folgen bleiben.  
Foto: Erdmenger/ÄkNo

# Minusrunde zerstört Vertrauen

*Das „Beitragssatzsicherungsgesetz“ der Regierungskoalition stand im Mittelpunkt der gesundheitspolitischen Diskussion bei der Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein am 23. November in Köln.*

von Horst Schumacher

relangen starren Budgetierung des Gesamthonorars geradezu zynisch. Die Stimmung der Vertragsärzteschaft, die fortgesetzt zur Subventionierung des maroden Systems gezwungen werde, befinde sich ohnehin bereits „unterhalb des Nullpunktes“.

#### Vertragsärzte fühlen sich als „GKV-Sklaven“

Hoppe verwies auf eine aktuelle Umfrage der *Ärzte Zeitung*, nach der sich die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mehrheitlich als „GKV-Sklaven“ und „Scheinselbständige“ sehen. Nach der Befragung sind nur rund 17 Prozent von ihnen mit den Bedingungen ihrer Berufsausübung zufrieden. Hoppe: Der Begriff der Freiberuflichkeit löse bei den meisten nur noch ein mattes Lächeln aus. „Das ist ein Leitsymptom dafür, dass wir auf dem Weg von einem freiheitlichen Gesundheitswesen in eine dirigistische Staatsmedizin bereits allzu weit vorangeschritten sind!“, sagte Hoppe.

#### Entschließung der Kammerversammlung

**Datenschutz – Kassenvertreter dürfen keine Einsicht in sensible Patientendaten erhalten**

Der Kammervorstand wird beauftragt, den Datenschutzbeauftragten des Bundes zu bitten, die neuen Richtlinien über die Bewertung ärztlicher Untersuchungs- und Behandlungsmethoden, Beschlussfassung des Bundesausschusses der Ärzte und der Krankenkassen vom 28.10.2002 („Substitutionsrichtlinien“), § 9 datenschutzrechtlich überprüfen zu lassen.

Der Präsident wies auch darauf hin, dass nach der Studie weniger als 19 Prozent der niedergelassenen deutschen Ärzte ihr Einkommen für gut halten, während es in vergleichbaren Ländern wie Österreich (48 Prozent) und der Schweiz (43 Prozent) viel mehr sind. Dennoch verordne die Regierungskoalition ein weiteres Minus von durchschnittlich rund 10 Prozent. Die Minusrunde gefährde mit den Arztpraxen auch die Ar-

Die Folgen seien schwerwiegend: „Die miserablen Arbeitsbedingungen der verbleibenden Ärztinnen und Ärzte und des Pflegepersonals werden sich weiter verschlechtern. Frustration und Berufsfucht werden weiter zunehmen. Eine humane Patientenversorgung – nicht nur ein Abfertigen – ist unter diesen Bedingungen, die nur noch ökonomisch motiviert sind, nicht mehr möglich!“

Dass die Regierung nun ausgerechnet von den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten einen besonderen Solidarbeitrag fordere, sei angesichts der jah-

beitsplätze von Tausenden Arzt- und Zahnarzhelferinnen. Ausbildungsplätze würden abgebaut, Tarifgehälter könnten nicht mehr bezahlt werden. Hoppe: „Dieser Kahlschlag kann nicht ohne Folgen bleiben für die Qualität der Versorgung. Kostenstopp ist Leistungsstopp.“

Eine solche Politik fördere – wie etwa in skandinavischen Ländern oder in Großbritannien – einen „Grauen Markt“ im Gesundheitswesen, der Besserverdienenden einen leichteren Zugang zu guten medizinischen und pflegerischen Leistungen eröffne als den finanziell schlechter Gestellten. „Und das muss man doch als Gefahr sehen, wenn man politisch tätig ist: Menschlichkeit und medizinischer Fortschritt müssen dann zwangsläufig zu einer Art Luxus in einer Mehrklassenmedizin werden – für mich politisch unverständlich“, sagte Hoppe. Die Regierung setze mit ihren Sparplänen auf Konfrontation. Dabei sei die Politik an der prekären Finanzlage der Gesetzlichen Krankenversicherung selbst schuld. Nach wie vor werde die GKV ausgeplündert, um den Staat und andere Bereiche der Sozialversicherung zu entlasten.

#### Permanente Verschiebepolitik

So plane die Regierungsmehrheit im Rahmen der Arbeitsmarktreform eine Senkung der Krankenversicherungsbeiträge für Bezieher von Arbeitslosenhilfe, welche die GKV nach Ersatzkassen-Berechnungen 900 Millionen Euro kosten wird. Hoppe: „Das bedeutet natürlich erneut ein Defizit!“ Seit 1995 habe diese Art von Verschiebepolitik zu Ausfällen bei der GKV in Höhe von über 30 Milliarden Euro geführt. Ohne diese politische Manipulation hätten die Krankenkassen ihre Beitragssätze stabil halten können, es gäbe überhaupt kein Defizit. „Der milliardenschwere Missbrauch von Versichertengeldern muss aufhören“, verlangte Hoppe.

Hoffnung setzt der Kammerpräsident auf die Arbeit der von der Bundesregierung eingesetzten so genannten Rürup-Kommission, die Sozialreformen erarbeiten

### Solide Kammerfinanzen

Haushalt 2003 verabschiedet



Dr. Leonhard Hansen: Die Kammerbeiträge sind im 14. Jahr stabil. Foto: Erdmenger/ÄkNo

Auch im Jahr 2003 bleibt der Kammerbeitrag stabil, wie der Verbindungsmann des Vorstandes zum Finanzausschuss, Dr. Leonhard Hansen (Aldorf), vor der Kammerversammlung sagte. Aufgrund der Finanzplanung sei es möglich, auch eine „einmalige Spitzenbelastung“ wie die Finanzierung des Neubaus des Verwaltungsgebäudes ohne eine Beitragsanpassung zu kompensieren. Hansen erläuterte den Haushaltsvoranschlag 2003 der Ärztekammer Nordrhein einschließlich der Nordrheinischen Akademie für ärztliche Fort- und Weiterbildung. Erweiterte Aufgaben werden nach seinen Ausführungen zum Teil durch Gebührenanpassungen finanziert.

Für berufspolitische Aktivitäten stellte die Kammerversammlung dem Vorstand eine deutlich sechsstellige Summe zur Verfügung, die auch durch nicht ausgeschöpfte Mittel aus den entsprechenden Etatposten der Vorjahreshaushalte gespeist wird.

Die Kammerversammlung verabschiedete den vom Vorstand vorgelegten Haushaltsentwurf 2003 für Ärztekammer und Nordrheinische Akademie für Ärztliche Fort- und Weiterbildung. Auf Antrag des Vorsitzenden des Finanzausschusses, Fritz Stagge (Essen), nahmen die Delegierten darüber hinaus den Jahresabschluss der Ärztekammer Nordrhein für das Haushaltsjahr 2000 entgegen und entlasteten einstimmig (bei Enthaltung der Betroffenen) den Kammervorstand für das Haushaltsjahr 2000. RhÄ

soll. „Ich freue mich auf die Arbeit der Kommission“, sagte Hoppe, „ich halte Herrn Professor Rürup für einen guten Mann. Er hat bei früheren Arbeiten bewiesen, dass er sehr gut differenzieren kann. Ich bin sicher, dass diese Kommission bezüglich der Neuordnung der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gute Arbeit leisten wird.“

Die Kommission werde aufgrund ihrer Zusammensetzung sicher keine „diffizile und ausdifferenzierte Gesundheitspolitik“ machen können. Es gehe um das Thema der Finanzierungsgrundlagen. Daher sei es nicht erforderlich, sie mit Ärzten zu besetzen. „Wir sollten die Arbeit der Rürup-Kommission positiv begleiten“, sagte Hoppe.

### Entschließung der Kammerversammlung

Nein zu Vorschaltgesetz und Nullrunde

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein ist empört über die Nullrundengesetzgebung der Bundesregierung und des Bundestages. Sie bittet die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die Gesetze im Bundesrat abzulehnen und den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anzurufen. Das Spardiktat der Bundesregierung bedroht Tausende von Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen und gefährdet die Behandlung, Pflege und Betreuung der Patienten. Die Jobmaschine Gesundheitswesen wird abgewürgt, indem die Vergütung von Ärzten, Krankenhäusern und anderen Gesundheitsbereichen drastisch reduziert wird. Zusätzliche Belastungen können nicht mehr aufgefangen werden. Die ohnehin schon miserablen Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern und Praxen werden sich weiter verschlechtern, die Flucht aus den Gesundheitsberufen wird weiter zunehmen. Damit ist der soziale Frieden in unserem Land in Gefahr, wenn die geplante Minusrunde tatsächlich Gesetz werden sollte.

Es geht nicht allein um Arbeitsplätze, die auf der Kippe stehen. Es geht um die Qualität der medizinischen Versorgung, die auf dem Spiel steht. Es geht um menschenwürdige Verhältnisse im Gesundheitswesen. Schon jetzt gibt es in vielen Bereichen Unterversorgung, weil es an den notwendigen finanziellen Mitteln fehlt. Mit den vorgesehenen Budgetkürzungen werden diese Zustände zementiert und Rationalisierungen offensichtlich bewusst in Kauf genommen.

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein protestiert gegen diesen Anschlag auf die Gesundheit der Patienten und fordert:

- ein Ende der konzeptionslosen, beschäftigungs- und patientenfeindlichen Kostendämpfungspolitik,
- eine Umkehr von dem Weg in die Staatsmedizin, die durch Wartelisten und Zuteilungsmedizin gekennzeichnet ist, und
- ein Ende der „Verschiebepolitik“, mit der den gesetzlichen Krankenkassen nach eigener Aussage jährlich rund 5 Milliarden Euro entzogen werden.

### Entschießung der Kammerversammlung

#### Abschaffung der Arzt-im-Praktikum-Phase

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die Arzt-im-Praktikum-Phase unverzüglich durch eine Änderung der Bundesärzteordnung abzuschaffen.

Durch die Reform der Ärztlichen Approbationsordnung (ÄAppO) ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der ärztlichen Ausbildung gelungen. Deshalb hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 26.04.2002 in einer Entschließung die Abschaffung der achtzehnmonatigen Tätigkeit als Arzt im Praktikum für erforderlich gehalten und die Bundesregierung aufgefordert, die notwendigen Schritte zur Änderung der Bundesärzteordnung unverzüglich in die Wege zu leiten.

Die Arzt-im-Praktikum-Phase muss allerdings sofort abgeschafft werden. Im Hinblick auf den sich anbahnenden Ärztemangel in den Krankenhäusern darf mit der Abschaffung nicht gewartet werden, bis dies erst angesichts der neuen Approbationsordnung für 2009 gelten würde. Die Attraktivität des Arztberufes muss dringend erhöht werden. Durch die Streichung der Arzt-im-Praktikum-Phase kann sowohl der finanziellen Schlechterstellung als auch der fehlenden Motivation, sich in der praktischen Medizin zu betätigen, entgegengewirkt werden.

#### Starkes Bündnis der Gesundheitsberufe

In ihrem Widerstand gegen die aktuellen Gesetzesvorhaben steht die Ärzteschaft nach den Worten ihres Präsidenten nicht allein. Sie sei eingebettet in die starke Allianz des „Bündnis Gesundheit 2000“. Dieses Bündnis, das die rund 4,2 Millionen direkt und indirekt im Gesundheitswesen Beschäftigten repräsentiert, habe sehr kurzfristig zu seiner Protestkundgebung am Brandenburger Tor 15.000 Menschen mobilisieren können (siehe auch *Rheinisches Ärzteblatt Dezember 2002, Seite 11f*). Auch das „Bündnis Gesundheit Nordrhein-Westfalen 2000“ habe zu diesem Erfolg seinen Beitrag geleistet. Positiv festzuhalten sei darüber hinaus, dass das Bündnis in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr erstmals mit der Krankenhausgesellschaft auf Landesebene kooperiert hat.

Bereits in der vorigen Wahlperiode sei es dem Bündnis gelungen, den Zusammenhang zwischen der Budgetierungs-Politik und der Rationierung von Gesundheitsleistungen fest im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Nun gehe es um die Aufklärung der Bevölkerung darüber, dass ein Lohn- und Preisstopp einen Leistungsstopp nach sich ziehen werde.

Die Krankenhauspolitik auch auf Landesebene werde von den Problemen durch die Bundesgesetzgebung überschattet, befürchtet Hoppe. Die Ärztekammer Nordrhein sei bisher zur konstruktiven Zusammenarbeit – zum Beispiel im Rahmen der Landesgesundheitskonferenz – stets bereit gewesen: „Wir sind offen für neue Ideen, wir sind keine Blockierer und Verhinderer, wir haben innovative Ideen, wir entwickeln als Vorreiter Ideen für die integrierte Versorgung“, betonte Hoppe. Allerdings sei die Ärztekammer eine Selbstverwaltung, die selbst gestalten wolle, und keine staatliche Durchgriffsverwaltung.

Der Kammerpräsident kritisierte, dass NRW-Landesgesundheitsministerin Birgit Fischer in manchen Punkten zu sehr an der Seite der derzeitigen Bundespolitik stehe. Sie habe das Vorschaltgesetz im Landtag energisch verteidigt. Die Einschnitte zur Stabilisierung der Kassenfinanzen seien nach einer Äußerung der Ministerin „für eine Übergangszeit“ richtig. Hoppe: „Übergangszeiten haben wir jetzt schon seit Jahrzehnten, und irgendwann muss man auch einmal zu Potte kommen mit politischen Entscheidungen.“ Es sei „blauäugig“, die negativen Folgen des Vorschaltgesetzes für die Versorgungsqualität der Patienten und für die Arbeit der im Gesundheitswesen tätigen Berufe zu leugnen. Dennoch habe Fischer den Kritikern des Vorschaltgesetzes Panikmache, Fehlinformation und Verunsicherung der Patienten vorgeworfen.

#### Krankenhäusern droht ein Debakel

Wenn der Gesetzgeber weitere Kliniken zum Weg in die DRG-Finanzierung bereits im Jahr 2003 drängte vergrößert das nach Hoppes Worten die Probleme: „Denn wir wissen doch alle, dass die Voraussetzungen für eine verantwortungsbewusste Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschalen gar nicht vorhanden sind – weder medizinisch noch technisch noch kalkulatorisch.“ Für nicht ausreichend vorbereitete Kliniken sei es hochgefährlich, „völlig unvorbereitet als Nichtschwimmer sozusagen in ein Tiefseebecken zu springen“, warnte Hoppe. Außerdem enthalte die unter unvertretbarem Zeitdruck entstandene deutsche Version des DRG-

### Johannes-Weyer-Medaille für Dr. Wilhelm Beisen jun.



Dr. Wilhelm Beisen

Der Weseler Allgemeinarzt Dr. Wilhelm Beisen ist mit der Johannes-Weyer-Medaille der nordrheinischen Ärzteschaft ausgezeichnet worden. Bei der Kammerversammlung am 23. November in Köln würdigte der Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Beisens besonderen und langjährigen Verdienste in der ärztlichen Selbstverwaltung.

Wilhelm Beisen, der am 15. März 1932 geboren wurde, gehörte fast 30 Jahre lang zahlreichen Gremien der ärztlichen Selbstverwaltung an. Bis Mitte der 90er Jahre war er Mitglied des Vorstandes und der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, bis zum Frühjahr 2000 nahm er ein Mandat in der Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein wahr. Von 1989 bis Mitte 2001 war er Vorsitzender des Aufsichtsausschusses der Nordrheinischen Ärzteversorgung.

Von 1992 an war Wilhelm Beisen Mitglied des Europa-Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V., von 1996 bis 2000 als Sprecher dieses Ausschusses. Wilhelm Beisen war ein äußerst engagierter, stets kompetenter und hoch geschätzter Vertreter der Ärzteschaft – insbesondere im Raum Wesel, zum Beispiel in seiner Funktion als Notdienst-Obmann. Sein hoher beruflicher Einsatz als überzeugter Allgemeinmediziner galt – bis zum Ausscheiden aus der eigenen Praxis vor zwei Jahren – seinen Patienten.

## Entschließung der Kammerversammlung

Pressemeldung des Bundesgesundheitsministeriums betreffend Äußerungen des Kammerpräsidenten der Ärztekammer Nordrhein

Drei Tage vor der Bundestagswahl gab Ministerin Ulla Schmidt die untenstehende Pressemitteilung heraus.

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein stellt dazu fest: Die Ärztekammer Nordrhein steht voll hinter ihrem Präsidenten Prof. Hoppe! Die Vorhersagen und Erklärungen des Präsidenten Hoppe vor der Wahl waren korrekt und haben sich bewahrheitet. Die Ärztekammer verurteilt die Verunglimpfungen ihres Präsidenten durch die Bundesministerin Ulla Schmidt vor der Wahl auf das Schärfste.

### Pressemittteilung des Bundesgesundheitsministeriums vom 19. September 2002

Zur Spekulation des Bundesärztekammer-Präsidenten Prof. Jörg-Dietrich Hoppe in der Rheinischen Post von heute, wonach die Beitragssätze auf 15 Prozent im Jahre 2003 steigen würden, erklärt Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt:

„Mit diesen Äußerungen verabschiedet sich der Präsident der Bundesärztekammer Prof. Jörg-Dietrich Hoppe von der Aufgabe, die Qualität in der gesundheitlichen Versorgung zu sichern und zu verbessern, obwohl die Qualitätssicherung die ureigenste Aufgabe der Ärztekammern ist.

Stattdessen betreibt Hoppe erneut Panikmache. Eine Beitragssatzsteigerung um einen Prozentpunkt auf 15 Prozent würde zu zusätzlichen Einnahmen von 10 Mrd. Euro für die gesetzlichen Krankenkassen führen. Ein „Bedarf“ in dieser Größenordnung ist weder von irgendjemandem bisher geltend gemacht worden, noch angesichts der Einschätzung der Krankenkassen zu der Einnahmeentwicklung auch nur ansatzweise plausibel. Die von Hoppe genannte Zahl ist schlicht unseriös.

Die Ärztinnen und Ärzte sollten sich genau ansehen, wer ihre Interessen mit welchen Argumenten vertritt.“

*Bei der Veröffentlichung, auf die sich die Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums bezieht (Rheinische Post vom 19.9.2002), handelt es sich um eine Vorabmeldung der Redaktion. Hier der Auszug aus dem Interview mit Professor Hoppe in der Rheinischen Post vom 21. September 2002 im Wortlaut:*

Frage: Die Krankenkassen bereiten sich bereits auf höhere Beiträge vor ...

Hoppe: Im nächsten Jahr werden die Beiträge auf 14,5 oder 15 Prozent steigen. Man darf sich nichts vormachen. Die Einführung der Chronikerprogramme und der Fallpauschalen wird erst einmal Geld kosten, die Kassen werden ihre Verwaltungsausgaben erhöhen.

Systems so grobe Mängel, dass vielen Krankenhäusern ein Debakel mit diesen „Falsch-Pauschalen“ drohe.

Auch für Hausärztinnen und Hausärzte sei es keinesfalls möglich, der Nullrunde durch die Teilnahme an Disease-Management-Programmen zu entgehen und so ein zusätzliches Honorar von bis zu 20.000 Euro je Praxis jährlich zu erzielen, wie dies ein Regierungsberater behauptet habe. Noch abenteuerlicher sei die Vorstellung, Krankenhäuser könnten im Jahre 2003 zur Vermeidung der so genannten Nullrunde 400 Millionen Euro durch die Beteiligung an einem neuen Chronikerprogramm „Herzpatienten“ erwirtschaften. 400.000 Herzkatheteruntersuchungen, die bisher im ambulanten Bereich stattfanden, sollen ins Krankenhaus verlagert werden. Das sei gar nicht realisierbar angesichts des Personalmangels und des Investitionsstaus in den Kliniken. Zum anderen existiere dieses Programm bis jetzt überhaupt nicht.

Das eigentlich Gefährliche daran sei, dass Klinikärzte und niedergelassene Kollegen gegeneinander aufgehetzt würden. „Darauf sollten wir nicht hereinfallen“, sagte Hoppe, „wer solche doppelzüngigen Pläne in die Welt setzt, konterkariert alle Bemühungen um mehr Integration und Kooperation im Gesundheitswesen und hat im Beraterkreis verantwortlicher Politiker nichts zu suchen!“

Bei einer Fortsetzung der Regierungspolitik befürchtet Hoppe Qualitätseinbrüche, Unterversorgung und Zuteilungsmedizin. „Wenn die Politik englische Verhältnisse haben will, dann soll sie das allen offen sagen – auch den Patienten!“ Doch die Sozialpolitiker der Koalition hielten an der Ideologie einer geradezu allumfassenden Versorgung fest. Hoppe: „Doch das glauben immer weniger Menschen. Sie stellen fest, dass es in vielen Bereichen Rationierung gibt, weil es an den notwendigen finanziellen Mitteln fehlt – zum Beispiel in

der Behandlung von Aids-Kranken und Demenzkranken. Mit dem Vorschaltgesetz werden diese Zustände zementiert und weitere Rationierungen bewusst in Kauf genommen.“

Um davon abzulenken, suggerierten die politisch Verantwortlichen der Bevölkerung einmal mehr, die Finanzierungsprobleme der Gesetzlichen Krankenversicherung seien mit einer schlichten Regression der Ausgaben zu lösen – und dazu gehöre die Kappung der Ein-

## Dr. Alois Bleker mit der Johannes-Weyer-Medaille geehrt

Dem Oberhausener Mediziner Dr. Alois Bleker ist wegen seiner besonderen und langjährigen Verdienste in der ärztlichen Selbstverwaltung die Johannes-Weyer-Medaille der nordrheinischen Ärzteschaft verliehen worden. Alois Bleker wurde 17. Juni 1937 in Bocholt geboren und machte dort 1958 am humanistischen St.-Georg-Gymnasium Abitur. Er studierte Medizin in Freiburg und Düsseldorf, wo er im Jahr 1964 das Staatsexamen ablegte und promoviert wurde.



Dr. Alois Bleker

Bleker ist Facharzt für Innere Medizin, Radiologie und Nuklearmedizin. Seit 1971 ist er Leitender Arzt der Nuklearmedizinischen Abteilung des Evangelischen Krankenhauses in Oberhausen mit Schwerpunkten in der Schilddrüsendiagnostik, Nierenfunktionsdiagnostik bei Säuglingen und Kleinkindern sowie in der Tumornachsorge. Eigentlich wollte Bleker Kinderarzt werden.

Acht Jahre lang war er Fortbildungsbeauftragter der Kreisstelle Oberhausen der Ärztekammer Nordrhein (ÄkNo). Danach engagierte er sich 12 Jahre lang als Vorsitzender dieser Kreisstelle. Über 20 Jahre hinweg – bis zum Ende der Wahlperiode 1997/2001 – war er Mitglied der Kammerversammlung. „Bleker hat im Umgang sowohl mit den Patienten als auch mit den Kollegen während seines langjährigen ehrenamtlichen Engagements in der ärztlichen Selbstverwaltung durch seine angenehme Art Sympathien errungen“, sagte Kammerpräsident Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, der die Auszeichnung bei der Kammerversammlung am 23. November in Köln übergab.

kommen der Gesundheitsberufe. „Jetzt tut man wieder einmal so, als seien überhöhte Einkommen der Ärztinnen und Ärzte schuld am Kassendefizit. Dem treten wir öffentlichkeitswirksam entgegen, denn das ist der Gipfel der Heuchelei!“, kritisierte Hoppe, „aber wir sind nicht bereit, uns mutlos zu ergeben. Und wir haben bereits bewiesen, dass wir kampagnenfähig sind. Wir werden das bleiben auf Bundesebene und auf Länderebene.“

**Probleme mit Insolvenzen**



*Dr. Arnold Schüller, Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein: Solidarität ist eine notwendige Voraussetzung für künftige politische Erfolge der Ärzteschaft. Foto: Erdmenger/ÄkNo*

Die so genannte Nullrunde stand im Mittelpunkt der Diskussion zum Lagebericht des Präsidenten. „Wir werden Probleme mit Insolvenzen bekommen“, prophezeite Dr. Erhard Stähler (Köln). Auch Dr. Lutz Kindt (Neukirchen-Vluyn) betonte, „dass wir in höchster Not sind.“ Bernd Zimmer (Wuppertal) berichtete, dass heute im Bereich der KV-Kreisstelle Wuppertal bereits weniger als 50 Prozent der Vertragsärzte das KV-Honorar auf ihr eigenes Konto überwiesen bekommen. Bei den übrigen entscheide die Bank unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten, wie viel dem Arzt zur Verfügung

gestellt werde. Hans-Günther Brune (Kreuzau) bemängelte, dass „die finanzielle Problematik ins Sprechzimmer verlagert“ werde. „Die ärztliche Ethik wird unter Budgetbedingungen zu einer Verteilungsethik“, sagte Dr. Johannes Vesper (Wuppertal), „wir können nicht mehr jeden Patienten bestmöglich versorgen.“

Dr. Ludger Beyerle (Mülheim) prangerte das „Recht der Pharmaindustrie auf Phantompriese für so genannte Innovationen“ an. „Die Kassen versagen, die Pharmaindustrie hat Phantasiepreise, und den Ärzten wird Verschwendung vorgeworfen – hier stimmt etwas nicht“, sagte Beyerle. Die Ärzteschaft dürfe es nicht zulassen, dass zwischen Hausärzte und Fachärzte oder zwischen niedergelassene Ärzte und Krankenhausärzte ein Keil getrieben werde, sagte Dr. Michael Hammer (Düsseldorf).



*Dr. Rainer Holzborn: Ulla Schmidt hat ihr beim Deutschen Ärztetag gegebenes Versprechen nicht gehalten. Foto: Erdmenger/ÄkNo*

**Ehrenzeichen der deutschen Ärzteschaft für Günter Deibert**



*Günter Deibert*

Der Vorstand der Bundesärztekammer hat den Gründer der Kölner Filiale der Deutschen Apotheker- und Ärztekammer, Direktor a. D. Günter Deibert, mit dem Ehrenzeichen der Deutschen Ärzteschaft ausgezeichnet. 32 Jahre lang leitete Deibert die Filiale Apobank in der Domstadt. Er beriet die nordrheinische Ärzteschaft und die Bundesärztekammer in Finanzangelegenheiten. „Nicht ohne Grund wurde seine Filiale im Jahre 1993 als Bank des Jahres ausgezeichnet“, sagte der Präsident der Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, der die Auszeichnung bei der Kammerversammlung am 23. November in Köln überreichte.

Neben seinem außerordentlichen hauptberuflichen Engagement zeichnet sich Deibert durch sein großes ehrenamtliches Tätigkeitsfeld aus. Hierzu gehören sein bundesweiter Vorsitz im Prüfungsausschuss der Bankakademie, seine Vorstandsmitgliedschaft im Förderverein der Bundesvereinigung für Gesundheit, seine langjährige Mitgliedschaft im Kreditausschuss der Industrie- und Handelskammer Köln, sein Vorsitz im Haus- und Grundbesitzerverein sowie weitere Tätigkeiten in zahlreichen Beiräten. Nicht zuletzt ist Günter Deibert – als waschechter Kölner – seit 1991 ehrenamtliches Vorstandsmitglied der Traditionsgemeinschaft ehemaliger Prinzen, Bauern und Jungfrauen des Kölner Karnevals. Im Jahre 1982 residierte er – zweifellos der Höhepunkt seiner Karnevalskarriere – als Prinz des Kölner Dreigestirns.

„Die Staatsmedizin will die Qualität herunterschrauben“, befürchtet er, „doch wir wollen keine Hollandisierung unseres Gesundheitswesens.“

Solidarität der Ärzteschaft sei die notwendige Voraussetzung für künftige politische Erfolge, sagte der Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein, Dr. Arnold Schüller. „In dieser Stunde müssen wir Solidarität zeigen“, unterstrichen auch Dr. Norbert Mülleneisen (Leverkusen) und Dr. Rainer Holzborn (Dinslaken). Gesundheitsministerin Ulla Schmidt halte nicht ihr beim Deutschen Ärztetag gegebenes Versprechen, keine reine Kostendämpfungspolitik zu betreiben, kritisierte Holzborn.

Angelika Haus (Köln) befürchtet eine Staatsmedizin wie in Skandinavien oder England. „Die Folge wird ein Privatmarkt sein, der unsere Vorstellungen übersteigt.“ Rudolf Henke MdL (Aachen) verwies darauf, dass das Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen inzwischen jeden 12. Arbeitsplatz stellt. „Damit hat es die Stahlbranche als größten Wirtschaftsfaktor abgelöst.“ Die Landesregierung müsse aufgefordert werden, das Beitragssatzsicherungs-gesetz, das „Demotivation und



*Rudolf Henke MdL: Das Gesundheitswesen ist der größte Wirtschaftsfaktor in Nordrhein-Westfalen. Foto: Erdmenger/ÄkNo*

Die **Änderung der Berufsordnung** für die nordrheinischen Ärztinnen und Ärzte entsprechend den Beschlüssen des 105. Deutschen Ärztetages verwies die Kammerversammlung zur erneuten Beratung zurück an die Kammergremien.

**An den Vorstand überwiesen** wurde ein Antrag, nach dem sich die Ärztekammer Nordrhein aktiv an der Gestaltung von IGE-Leistungen beteiligen und mit Vertragspartnern eine Beratungsstelle für drohende Insolvenzen gründen soll.

**Der Bericht der Gutachterkommission für ärztliche Behandlungsfehler** für die Zeit vom 1. Oktober 2001 bis zum 30. September 2002, der bei der Kammerversammlung vorgelegt wurde, wird in unserem Februar-Heft zu lesen sein.

Die **Rentenbemessungsgrundlage** der Nordrheinischen Ärzteversorgung für das Geschäftsjahr 2003 wird in einem späteren Heft unter „Amtliche Bekanntmachungen“ veröffentlicht.

Die Kammerversammlung verabschiedete eine **Neufassung der Gebührenordnung** der Ärztekammer Nordrhein.

Die Delegierten der Kammerversammlung nahmen einen Bericht über den aktuellen Stand des Projektes „**Haus der Ärzteschaft**“ entgegen, das die Kammer gemeinsam mit Kassenärztlicher Vereinigung, Ärzteversorgung und Fortbildungsakademie errichtet.

Die Kammerversammlung wählte die **Delegierten und Ersatzdelegierten der Ärztekammer Nordrhein für den 106. Deutschen Ärztetag**, der vom 20. bis 23. Mai 2003 in Köln stattfinden wird (die Namen finden Sie unter „Amtliche Bekanntmachungen auf Seite 73). RhÄ



*Dr. Dieter Mitrenga: Weiterbildungsnovelle auf einem guten Weg. Foto: Erdmenger/ÄkNo*

der Abschnitte B und C vorgelegt und um Stellungnahme bis Ende November gebeten. Den Fachgesellschaften und Berufsverbänden sei der Entwurf mit der Bitte um Änderungswünsche vorgelegt worden. Mitrenga zeigte sich überzeugt, dass die Weiterbildungsgremien der Bundesärztekammer sich mit der MWBO-Novelle „auf einem guten Weg“ befinden.

Allerdings wird der Beschluss des Deutschen Ärztetages vom Frühjahr, den „Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin“ als neuen und einheitlichen Hausarzt der Zukunft einzuführen, nach den Worten Mitrengas, seit Anfang November von einigen der Beteiligten in Frage gestellt. Der Ausschuss „Ärztliche Weiterbildung“ der Bundesärztekammer trage die Entscheidung des Rostocker Ärztetages jedoch nach wie vor. Voraussichtlich werde auch die im Dezember tagende „Ständige Konferenz Weiterbildung“ keine wirkliche Alternative sehen.

Verbitterung“ ausgelöst habe, im Bundesrat abzulehnen. „Diese Regierung will keinen Dialog“, bedauerte Dr. Christiane Friedländer (Neuss), „sie schafft Feindbilder.“ Friedländers Konsequenz: „Wir sind an einem Wendepunkt. Es gibt nur den Kampf.“

Es wurden auch Delegiertenstimmen laut, welche die allgemeine harsche Kritik am Vorschaltgesetz relativiert sehen wollten. Niemand sei im ärztlichen Beruf gezwungen, sich innerhalb des KV-Systems zu betätigen, sagte Dr. Beate Bialas (Erkelenz). Sie hält es auch für erforderlich, die ärztlichen Interessen und das Patienteninteresse „sauber zu trennen“. Dr. Rolf Hess-Gräfenberg (Düsseldorf) erinnerte daran, dass die Ärzteschaft in besonderem Maße dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Er riet der Kollegenschaft zu „maßvollen Forderungen“.

### Novelle der Weiterbildungsordnung

Über die Weiterentwicklung der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) auf Bundesebene berichtete der Vorsitzende der Weiterbildungsgremien der Ärztekammer Nordrhein, Dr. Dieter Mitrenga (siehe auch *Rheinisches Ärzteblatt Dezember 2001, Seite 13 f. und Juli 2002, Seite 16, im Internet verfügbar unter [www.aekno.de](http://www.aekno.de), Rubrik Rheinisches Ärzteblatt online, ÄrzteblattArchiv*). Voraussichtlich werde die Novelle dem 106. Deutschen Ärztetag im Frühjahr in Köln zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Bundesärztekammer habe den einzelnen Kammern die Entwurfsfassung

### Treuedienst-Ehrenzeichen für Dipl.-Volkswirt Rüdiger Weber

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Weber ist bei der Kammerversammlung am 23. November in Köln für seine langjährigen Dienste und Verbundenheit zur nordrheinischen Ärzteschaft das Treuedienst-Ehrenzeichens der nordrheinischen Ärzteschaft verliehen worden.



*Dipl.-Volkswirt Rüdiger Weber*

Rüdiger Weber ist seit 1965 hauptberuflich im stenografischen Dienst des Deutschen Bundestages tätig – ehemals in Bonn, heute in Berlin. Seit 1974 ist Herr Weber nebenamtlich im Auftrag der Bundesärztekammer für die stenografische Protokollierung der Verhandlungen der Deutschen Ärztetage – später auch des „Interdisziplinären Forums“ – verantwortlich. Seit dem 77. Deutschen Ärztetag 1974 in Berlin erstellt er alleinverantwortlich die stenografische Mitschrift und den kompletten Wortbericht des Deutschen Ärztetages. Seit Frühjahr 1989 sorgt er auch für das Wortprotokoll der Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein.

Während seiner stenografischen Laufbahn hat Herr Weber erfolgreich an zahlreichen Wetschreibprüfungen teilgenommen und eine Vielzahl an stenografischen Titeln erlangt: Stadtmeister Düsseldorf, Stadtmeister Bonn, Meister des Bezirks Berg-Niederrhein, Meister des Westdeutschen Stenografen-Verbandes.

Bereits 1990 erhielt er vom Vorstand der Bundesärztekammer das Ehrenzeichen der deutschen Ärzteschaft verliehen. „Für seinen langjährigen Dienst und seine Verbundenheit zur nordrheinischen Ärzteschaft hält der Vorstand der Ärztekammer Nordrhein es für angebracht, Herrn Webers Einsatz und seine beruflichen Leistungen mit dem Treuedienst-Ehrenzeichens der nordrheinischen Ärzteschaft zu würdigen“, sagte Kammerpräsident Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, der die Auszeichnung übergab.